Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag

SAXGRÜN

Mai 2025
Ausgabe 43

Was Sachsen jetzt braucht

BÜNDNIS GRÜNE LANDTAG SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

Editorial 3

Ohne GRÜNE wenig GRÜNES 4

Interview: »Es geht nicht ohne Schulsozialarbeit« 6

Das BÜNDNISGRÜNE Team 8

Was lernen wir aus der Pandemie? 12

Unsere Kunstfreiheit in Gefahr? 14

Bezahlbares Wohnen durch bezahlbares Bauen 15

↘ Foto: David Brandt

gruenefraktionsachsen @saxgruen @saxgruen.bsky.social GrueneFraktionSachsen @SaxGruen

Liebe Leserinnen und Leser,

↘ Foto: Anja Schneider

seit unserer letzten Ausgabe ist viel passiert: Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene haben sich die Parlamente neu konstituiert. Für uns BÜNDNISGRÜNE bedeutet das: Wir tragen aktuell keine Regierungsverantwortung mehr – weder im Bundestag noch im Sächsischen Landtag. Das ist bitter. Denn es zeigt, dass wir viele Menschen nicht erreicht haben. Und es bedeutet, dass wir wichtige Gestaltungsmöglichkeiten und Entscheidungsräume verloren haben, die wir dringend brauchen.

Für uns als BÜNDNISGRÜNE in Sachsen beginnt damit eine herausfordernde Zeit. Als Opposition werden wir die Minderheitsregierung aus CDU und SPD konstruktiv-kritisch begleiten und sie immer wieder auffordern, ihre Verantwortung gerecht, nachhaltig und zukunftsgerichtet wahrzunehmen. Unsere Rolle wird dabei immer dann interessant, wenn CDU und SPD eine Mehrheit brauchen – schließlich fehlen ihnen bei ihrem politischen Abenteuer zehn Stimmen zu einer Mehrheit. Es werden herausfordernde Jahre mit vielen Runden an politischer Abstimmung und Abwägung.

Unsere Themen und Ziele sind dabei klar – und sie bleiben es. Wir setzen uns weiterhin für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, eine starke Demokratie und nachhaltige Entwicklung ein. Wir sind die einzige politische Kraft im Sächsischen Landtag, die für Klimaschutz, für Natur und Umwelt streitet sowie auf Vielfalt, Menschen- und Bürgerrechte setzt. Dafür brauchen wir Mehrheiten – und die wollen wir im Parlament und in der Gesellschaft wieder stärker gewinnen.

Ein besonders wichtiges Thema sind die anstehenden Haushaltsverhandlungen für die Jahre 2025 und 2026. Gerade jetzt kommt es darauf an, einen fairen und zukunftsfesten Haushalt aufzustellen – auch wenn die wirtschaftliche Lage angespannt ist. Leider hat die vorläufige Haushaltsführung der Staatsregierung die Situation unnötig verschärft. Die jetzt geplanten Kürzungen treffen ausgerechnet zentrale Zukunftsfelder: den Klimaschutz, den sozialen Zusammenhalt, die Mobilitätswende. Das halten wir für falsch – und das sagen wir auch deutlich. Auf unseren Social-Media-Kanälen informieren wir Sie und euch fortlaufend über die Verhandlungen.

Jetzt aber erstmal viel Spaß mit unserem neuen Fraktionsmagazin.

Herzliche Grüße

FRANZISKA SCHUBERT
Fraktionsvorsitzende

↘ Foto: Stephan Floss, Oliver Killig

Ohne **GRÜNE** wenig **GRÜNES**

Politik in Zeiten von Minderheitsregierung und Demokratieverdruss

Sachsen hat gewählt – und das politische Kräfteverhältnis hat sich verschoben. CDU und SPD regieren nun in einer Minderheitsregierung. Wir BÜNDNISGRÜNE sind in der Opposition. Das ist eine neue Rolle, aber auch eine wichtige Verantwortung.

Die aktuelle Lage im Landtag ist herausfordernd: Es gibt keine klaren Mehrheiten, der Ton im politischen Diskurs ist rauer geworden, die Demokratie steht unter Druck. In dieser Situation ist es besonders wichtig, dass wir als BÜNDNISGRÜNE sichtbar, ansprechbar und verlässlich bleiben – für alle Demokrat*innen in in diesem Land.

Die Koalition aus CDU und SPD hat nur 51 von 120 Sitzen im Landtag und ist damit auf Unterstützung aus der Opposition angewiesen. Um das parlamentarisch abzusichern, wurde ein »**Konsultationsmechanismus**« eingeführt.

Wir wollen weiterhin mitgestalten, wo es möglich ist. Das geht nur mit einer Politik, die sich auf die Sache konzentriert, auf gemeinsame Lösungen und auf die Zukunft des Freistaats. Dafür braucht es nicht nur eine Opposition mit Haltung, sondern auch eine Regierung, die über den eigenen Tellerrand schaut und sich am Gemeinwohl orientiert. Ministerpräsident Kretschmer ist hier besonders in der Pflicht.

Der Konsultationsmechanismus: Demokratisches Co-Working

Mit dem Konsultationsmechanismus möchte die Minderheitsregierung Oppositionsfraktionen frühzeitig über geplante Gesetzesvorhaben informieren. So sollen mögliche Mehrheiten ausgelotet werden. Die Opposition kann Stellung nehmen, Vorschläge machen – und im besten Fall werden diese auch übernommen. Dabei muss transparent sein, welche Fraktion welche Änderung angestoßen hat.

Für uns steht fest: Demokratische Mehrheiten müssen immer aus der demokratischen Mitte kommen. Dieser Mechanismus kann – wenn er ernst genommen wird – ein neuer Weg der politischen Zusammenarbeit sein. Wir sind bereit, ihn mitzugestalten.

Der Koalitionsvertrag der neuen Regierung macht deutlich: Viele zentrale Herausforderungen unserer Zeit werden nicht ausreichend adressiert. Vor allem beim Klimaschutz, in der Bildung und im Bereich der Demokratie fehlen klare Perspektiven. Gerade jetzt braucht es aber eine Politik, die Verantwortung übernimmt – für die Menschen heute und für kommende Generationen.

Klimaschutz darf kein Randthema sein

Dürren, Extremwetter, Waldschäden – die Klimakrise ist real und die Folgen sind spürbar, auch wirtschaftlich. Trotzdem wird der Klimaschutz im Koalitionsvertrag zur Nebensache erklärt. Statt entschlossen in klimafreundliche Technologien und Infrastruktur zu investieren, wird über die angeblich »gescheiterte Energiewende« gesprochen.

Wir brauchen jetzt Klarheit und Verlässlichkeit. Für Unternehmen, die planen und investieren wollen. Für Kommunen, die bei der Klimaanpassung nicht allein gelassen werden dürfen. Für junge Menschen, deren Zukunft auf dem Spiel steht. Sachsen muss diese Aufgabe ernst nehmen.

Bildung ist Zukunft

Auch die Probleme im Bildungsbereich werden immer größer. Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne Abschluss. Freie Bildungs- und Jugendangebote verschwinden, der Lehrkräftemangel ist dramatisch. Gleichzeitig breitet sich rechtes Gedankengut immer weiter aus.

Dabei ist klar: Gute Bildung ist mehr als Unterricht. Sie ist das Fundament für eine starke Demokratie. Wir müssen junge Menschen befähigen, ihren Weg zu gehen – selbstbestimmt, informiert und engagiert. Kürzungen in diesem Bereich sind für uns keine Option. Ganz im Gegenteil: Hier muss dringend mehr getan werden.

Demokratie braucht Rückhalt

Demokratie funktioniert nicht von allein. Sie lebt vom Engagement vieler und von einer Zivilgesellschaft, die laut ist, wenn es nötig ist. Genau hier will die Staatsregierung kürzen. Das ist gefährlich – gerade in Zeiten, in denen Rechtsextremismus und Antisemitismus wieder erstarken.

Wer von mehr innerer Sicherheit spricht, muss auch in Prävention investieren: in politische Bildung, Demokratieförderung, in Projekte vor Ort. Das alles stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Doppelhaushalt unter schwierigen Vorzeichen

Die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen im Freistaat sind anspruchsvoll. Der Doppelhaushalt für die Jahre 2025/26 ist eine zentrale Weichenstellung. Doch der bisherige Entwurf der Staatsregierung setzt die falschen Prioritäten. CDU und SPD schnüren ein unnötig enges finanzielles Korsett. Sie weigern sich, die neuen Möglichkeiten einer verantwortungsvollen Kreditaufnahme zu nutzen, obwohl genau das einen Spielraum für wichtige Zukunftsinvestitionen schaffen würde. Die Folge: An entscheidenden Stellen wird gekürzt. Besonders betroffen sind: Klimaschutz, Natur und Umwelt; Ausbau des Radverkehrs; Demokratiearbeit; soziale Projekte und Strukturen.

Das ist visionslos und gefährlich. Wer heute an der Zukunft spart, riskiert, dass Sachsen den Anschluss verliert. Der Haushalt muss aber dem Land dienen und den Menschen, die hier leben.

Deshalb stehen wir im engen Austausch mit Initiativen und Betroffenen, die täglich erleben, was Kürzungen wirklich bedeuten. Wir bringen ihre Perspektiven ins Parlament. Auch wenn wir aktuell nicht Teil der Regierung sind: Unsere Stimmen zählen. Gerade in einer Minderheitsregierung kommt es auf Mehrheiten an. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, wo es um eine bessere Zukunft für Sachsen geht.

»Es geht nicht ohne Schulsozialarbeit«

↘ Foto: Jaroslaw Kubiak

Schulsozialarbeit spielt in den politischen Debatten bei der Entlastung von Schulen und Verbesserung der Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler immer wieder eine große Rolle. Für unser Magazin wollten wir mit einer Person vom Fach sprechen. Wir treffen Katharina Kramer. Sie ist Schulsozialarbeiterin in Leipzig und zudem stellvertretende Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit.

Liebe Katharina, wie lange arbeitest du schon als Schulsozialarbeiterin?

K: Ich arbeite schon seit 2011 als Schulsozialarbeiterin mit einer Unterbrechung aufgrund meiner Elternzeit. Also sind es mittlerweile 13 Jahre.

Was hast du für eine Ausbildung für so eine Stelle?

K: Grundvoraussetzung ist eine universitäre Ausbildung. Die meisten studieren Sozialpädagogik oder Soziale Arbeit. Ich habe an der Uni Leipzig Erziehungswissenschaften im Magister studiert und auch das wird hier anerkannt.

War es auch dein Ziel, Schulsozialarbeiterin zu werden?

K: Nein, ursprünglich nicht. Ich wollte tatsächlich mit Migrant*innen arbeiten.

Was genau sind deine Aufgaben als Schulsoziarbeiterin?

K: Das teilt sich in drei Bereiche. Die Hauptaufgabe ist die Einzelfallhilfe, also die Beratung von Schüler*innen, Lehrkräften, Sorgeberechtigten und Kooperationspartner*innen. In erster Linie ist hier natürlich die Zielgruppe der Schüler*innen. Das zweite Standbein ist im weitesten Sinne »sozialpädagogische Gruppenarbeit«, also Präventionsprojekte, soziales Lernen, Klassenratsstunden etc. Schließlich der dritte große Bereich ist die Gemeinwesenarbeit. Schulsozialarbeit sollte ja an der Lebenswelt der Kinder orientiert sein. Hier vernetze ich mich und setze mich für die Belange von Kindern und Jugendlichen ein, z.B. im direkten Umfeld im sogenannten Planungsraum und landesweit bei der Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit.

Nimmst du deine Arbeit mit nach Hause oder kannst du sie gut von deinem Privatleben trennen?

K: Ich würde sagen, ich kann damit gut umgehen. Natürlich denke ich auch mal außerhalb der Arbeitszeit über das Erlebte nach. Aber um eine gute Schulsozialarbeiterin zu sein, ist es wichtig, die Dinge nicht zu nah an einen herankommen zu lassen. Die Arbeit ist sehr emotional. Mega hilfreich dabei ist natürlich auch ein gutes Team, Fachaustausch und Supervision. Da bin ich sehr glücklich bei mir, denn wir unterstützen und entlasten uns gegenseitig. Und ein großer Vorteil am Job der Schulsozialarbeiterin ist: Man hat die Möglichkeit, sich auch immer mal wieder schöne Dinge wie Ausflüge oder Projektarbeiten zu suchen, die positive Ablenkung bringen und wichtig für die niedrigschwellige Beziehungsarbeit sind.

Sollte es an jeder Schule eine Schulsozialarbeit geben und warum?

K: Ganz unabhängig von den Rahmenbedingungen braucht jede Schule Schulsozialarbeit. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass das Bildungssystem stark reformbedürftig ist und viele Lehrkräfte an der Belastungsgrenze sind, braucht es zusätzliche Anlaufstellen für die Konflikte, Probleme und Anliegen der Kinder und Jugendlichen. Da können wir als Schulsozialarbeiter*innen eine wichtige Unterstützung sein. Auch die Verortung in der Jugendhilfe und damit Unabhängigkeit von Schule ist ein ganz wichtiger Faktor. Natürlich gibt es dann Schulen, die mehr Kapazitäten benötigen, als andere, aber es geht nicht ohne Schulsozialarbeit.

> »Kinder sind unsere Zukunft und es ist ganz wichtig, dass sie gut durch die Schule kommen.«

↘ Foto: iStock | LightFieldStudios

Kannst du nachvollziehen, warum es immer wieder Diskussionen über den Fortbestand von Schulsozialarbeit gibt?

K: Ich kann grundsätzlich nicht nachvollziehen, warum man bei Kinder und Jugendlichen sparen möchte. Warum fällt einem das immer als Erstes ein? Nur, weil sie zu wenig Lobby haben? Es gibt doch auch andere Möglichkeiten, einzusparen. Kinder sind unsere Zukunft und es ist ganz wichtig, dass sie gut durch die Schule kommen und dabei die nötige Unterstützung erhalten. Also: Nein!

Welche Folgen hat es für die Schüler*innen, wenn bestehende Stellen in der Schulsozialarbeit gestrichen werden?

K: Soziale Arbeit ist viel Beziehungsarbeit und Vertrauen aufbauen. Da kann man Ansprechpartner*innen nicht einfach ersetzen. Es funktioniert auch nicht, wenn man plötzlich etwas wegkürzt und es dann ein paar Jahre später wieder einführt. Kinder und Jugendliche, zu denen Vertrauensverhältnisse aufgebaut wurden, sind wieder allein mit ihren Themen und ohne wichtige Unterstützungen. Lehrkräfte können das nicht auffangen und Schulsozialarbeiter*innen haben durch die Verortung in der Jugendhilfe ein ganz anderes Wissen, Netzwerk und einen anderen Ansatz.

Es gab ja 2024 eine neue Förderrichtlinie für die Schulsozialarbeit. Hat sich deiner Meinung nach dadurch etwas verändert?

K: Die Landkreise erhalten mehr Geld und dafür die kreisfreien Städte weniger. Das hat zum Beispiel in Leipzig dazu geführt, dass umgesteuert wurde und durch neue Schulen mit Schulsozialarbeit auch zwei Stellen gestrichen werden mussten. Außerdem wurden die Sachkosten auf 8.000 Euro erhöht und die Teamleitung explizit darunter genannt, was ich sehr wichtig finde. Allerdings hat das bisher keine realen Auswirkungen, weil es von vielen Kommunen nicht finanziert werden kann. Die LAG Schulsozialarbeit hat mal ausgerechnet, dass mindestens 11.000 Euro notwendig wären für eine ausreichende Finanzierung von Sachkosten, Verwaltungskosten und Teamleitung. Hier sehe ich neben dem Aufwuchs an Personal dringenden Nachholbedarf.

Wenn du dir wünschen könntest, dass die Politik genauer hinschaut, wenn es um die Schulsozialarbeit geht, worauf würdest du sie aufmerksam machen?

K: Ich wünsche mir, dass es an jeder Schule Schulsozialarbeit gibt und dass keine Schulformen hier benachteiligt werden. Außerdem braucht es mehr Mittel für die Teamleitung sowie eine bessere Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Kultusministerium, gerade wenn es z.B. um den Aufbau von multiprofessionellen Teams geht, wie im Startchancenprogramm angedacht. Wichtig ist auch, die anderen Bereiche ausreichend zu finanzieren und auszubauen, wie z.B. Projektangebote im Bereich der Suchtprävention, Medienpädagogik, Demokratiebildung oder Beratungs- und Therapieangebote im psychosozialen Bereich. Schulsozialarbeit braucht diese Partner*innen.

Das BÜNDNISGRÜNE Team

Unsere Fraktion in der 8. Wahlperiode des Sächsischen Landtages besteht aus sieben Abgeordneten. Eine Übersicht.

↘ Fotos: Jaroslaw Kubiak

Franziska Schubert

Fraktionsvorsitzende

»Zukunft ist nur möglich, wenn wir wirklich nachhaltig mit Natur und Heimat umgehen – die ländlichen Räume bieten Chancen, die gestaltet werden können.«

Die Wirtschafts- und Sozialgeografin (geb. 1982) aus der Oberlausitz steht für den konstruktiven Umgang mit dem demografischen Wandel sowie den Erhalt von Heimat und Natur. Mut und das Denken abseits bekannter Pfade sind ihr für die Zukunftsgestaltung in den ländlichen Räumen wichtig. Sie setzt dabei auf die Suche nach passenden Lösungen gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Gute Jugendarbeit, attraktive Arbeits- und Lebensräume und vielfältige Bildung sind ihr ein Herzensanliegen. Als Finanzpolitikerin tritt sie für mehr Transparenz und finanzielle Gerechtigkeit zwischen Stadt und Land ein.

- Asyl & Migration
- Gesundheit/Pflege
- Religionspolitik
- Haushalt & Finanzen
- Strukturwandel
- Sorbische Angelegenheiten
- Tierschutz
- Verbraucherschutz
- Mitglied der Enquete-Komission Kommunalhaushalte

Valentin Lippmann

Parlamentarischer Geschäftsführer und stellvertretender Fraktionsvorsitzender

»Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie bedarf den unermüdlichen Einsatz von uns allen. Deshalb setze ich mich für den Ausbau unserer wehrhaften Demokratie ein.«

Der Politikwissenschaftler und Verfassungstheoretiker (geb. 1991) aus Dresden engagiert sich für die Verteidigung und Weiterentwicklung unserer Demokratie und für ein modernes und zukunftsfähiges Sachsens. Mit Erfolgen wie der Einführung des Transparenzgesetzes und der Polizeikennzeichnungspflicht sowie dem Vorantreiben der Auflage des Gesamtkonzeptes gegen Rechtsextremismus hat er gezeigt, dass grüne Politik auch in schwierigen Koalitionen wirksam ist. Er kämpft als Abgeordneter weiterhin für ein freiheitliches Staatsverständnis und gegen die zunehmenden antidemokratischen Tendenzen in Sachsen.

- Innenpolitik
- Justiz
- Sport
- Weinbau
- Datenschutz

Christin Melcher

stellvertretende Fraktionsvorsitzende

»Jedes Kind verdient die gleichen Chancen, doch immer noch ist das Elternhaus entscheidend für die Bildungsbiographie. Ich setze mich für die beste Bildung von Anfang an ein!«

Christin Melcher (geb. 1983) liegt die Bildungsgerechtigkeit besonders am Herzen. Deswegen will sie allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen und beste Bildung ermöglichen. Dazu braucht es ausreichend Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte, faire Arbeitsbedingungen, eine Qualitätsoffensive von der Kita bis zur Volkshochschule sowie neue Wege für das Lernen von morgen. Längeres gemeinsames Lernen und Investitionen in moderne Schulgebäude, die zu den Herausforderungen von Ganztagsschule, Digitalisierung und Inklusion passen, sind aus ihrer Sicht Grundvoraussetzungen für beste Bildungschancen.

- Bildung
- Drogenpolitik
- Inklusion
- Kinder, Jugend, Familie
- Soziales
- Politische Bildung
- Mitglied im Petitionsausschuss

Katja Meier

»Wir sind die Verteidiger*innen von Demokratie und Rechtsstaat in Sachsen und kämpfen entschlossen gegen ihre Feinde.«

Die gebürtige Zwickauerin (geb. 1979) steht für eine klare Kante gegen Rechtsextremismus, kämpft leidenschaftlich gegen jede Form von Diskriminierung, setzt sich mit voller Überzeugung für Gleichstellung ein und glaubt an die Kraft echter Bürgerbeteiligung. In den letzten Jahren hat sie in ihrem Amt als Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung maßgeblich zur Modernisierung und Verbesserung Sachsens beigetragen. Als Abgeordnete setzt sie sich auch weiterhin für eine moderne, gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft ein. Ein besonderer Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf einer nachhaltigen und sozialen Verkehrspolitik. Dazu gehört für sie ein gut ausgebauter, bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr, sichere Radwege und attraktive Bedingungen für den Fußverkehr. Zudem engagiert sie sich für eine starke europäische Zusammenarbeit über Grenzen hinweg.

Demokratie
Gleichstellung
Verkehr
Strafvollzug
Antidiskriminierung
Europa

Wolfram Günther

»Veränderung braucht Beteiligung. Ich arbeite für all jene und mit all jenen, die Sachsen ökologischer, gerechter und weltoffener machen.«

Der gebürtige Leipziger (geb. 1973) und Wahl-Mittelsachse ist gelernter Bankkaufmann und war von 2019 bis 2024 unser stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft. Er ist ein entschlossener Verfechter für ein ökologisches, soziales und weltoffenes Sachsen, gespeist aus seinen Erfahrungen in der DDR und während der Friedlichen Revolution sowie seiner Arbeit als Anwalt für Umwelt- und Planungsrecht. In den letzten fünf Jahren hat er die Energiewende und den Klimaschutz vorangebracht. Er hat Fortschritte für den Natur- und Umweltschutz, für eine nachhaltigere Landwirtschaft mit wiederaufgebauten regionalen Wertschöpfungsketten und den Schutz der Artenvielfalt erkämpft. Er hat Sachsen auf den Weg von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft gebracht und einen Reparaturbonus eingeführt.

Arbeit
Landwirtschaft
Außenpolitik & Frieden
Umwelt
Klima
Wirtschaft

Dr. Claudia Maicher

»Die Wissenschafts-, Medien- und Kunstfreiheit ist Voraussetzung für eine offene, moderne Gesellschaft. Sie konsequent zu schützen ist unsere Aufgabe.«

Die promovierte Soziologin (geb. 1978) aus Leipzig setzt sich leidenschaftlich für eine freie, vielfältige Kunst- und Kulturszene, eine starke Hochschullandschaft und die Presse- und Medienfreiheit ein. Aus eigener Erfahrung weiß sie, was Wissenschaftler*innen brauchen: gute Arbeitsbedingungen, planbare Karrieren, solide finanzielle Grundausstattung der Hochschulen und mehr demokratische Mitbestimmung. Sie will die sächsische Hochschul- und Forschungslandschaft stärken, den Hochschulstandort für Studierende attraktiv machen und Innovationen fördern. Als Kulturpolitikerin weiß sie, Kunst und Kultur sind überlebenswichtig für Gesellschaft und Demokratie. Kulturschaffenden muss Raum zur freien Entfaltung gegeben werden. Denn die unabhängige Kultur ist ein ebenso wichtiger Schlüssel zu einer offenen Gesellschaft wie eine vielfältige Medienlandschaft.

Hochschule
Medien
Kultur
Wissenschaft

Thomas Löser

»Wohnen muss für alle Menschen bezahlbar sein. Deshalb kämpfe ich für mehr Sozialwohnungsbau und einfachere Bauweisen.«

Thomas Löser (geb. 1972) fand vor 15 Jahren durch die Debatte um den Erhalt des UNESCO Welterbes »Dresdener Elbtal« seinen Weg in die Politik. Seither wirkte er als Kommunalpolitiker im Stadtrat von Dresden und seit 2019 auch als direkt gewählter Abgeordneter der BÜNDNISGRÜNEN im Sächsischen Landtag. Die Verbindung aus Landes- und Kommunalpolitik nutzte er dabei auch für seine Herzensthemen: bezahlbares Wohnen, Denkmalschutz und nachhaltiges Bauen. Der Freistaat braucht aus seiner Sicht einen politischen Neuanfang. Demokratie, Ökologie und Soziales müssen deutlich gestärkt werden.

Bauen & Wohnen
Tourismus
Denkmalschutz
Landes- und Stadtentwicklung
Energiepolitik
Mitglied der Enquete-Kommission Corona
Gesundheit

Was lernen wir aus der Pandemie?

Die Corona-Enquete-Kommission

↘ Anfang April luden wir Expertinnen und Experten zum Austausch nach Dresden ein. (Foto: Jaroslaw Kubiak)

Die Corona-Pandemie hat nicht nur unser tägliches Leben verändert, sondern auch das Vertrauen in die staatlichen Institutionen auf die Probe gestellt. Kaum eine Krise betraf so viele Menschen zur gleichen Zeit, wobei besonders die verletzlichen Gruppen wie Schwerkranke, Ältere und junge Menschen leiden mussten.

Bis heute leiden viele Menschen an den Folgen der Pandemie. Nach diesem Einschnitt in unser aller Leben kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Als BÜNDNISGRÜNE haben wir für die Aufarbeitung geworben und sehen die nun eingerichtete Corona-Enquete-Kommission als richtigen Ort für diese Aufgabe. Eine Demokratie muss sich selbst kritisch hinterfragen können – nur so können wir aus Fehlern lernen und uns weiterentwickeln.

Uns geht es um eine gründliche und ehrliche Analyse der Maßnahmen, die während der Pandemie umgesetzt wurden. Diesen Weg verfolgen aber leider nicht alle Fraktionen im Landtag. Der AfD geht es erwartungsgemäß nicht um einen Blick in die Zukunft, sondern um ein Tribunal. So setzte sie mit ihren Stimmen gemeinsam mit einigen Stimmen aus der Fraktion des BSW noch zusätzlich einen Untersuchungsausschuss zur Corona-Pandemie im Sächsischen Landtag ein. Das führt uns nun in die ungewöhnliche Situation, dass sich parallel in zwei unterschiedlichen Gremien mit der Corona-Pandemie im Landtag beschäftigt wird. Einen wirklichen Erkenntnisgewinn erwarten wir nur bei der Enquete-Kommission, denn deren Handlungsauftrag ist umfassend.

Der vorgelegte Antrag für die Einsetzung der Enquete-Kommission von CDU und SPD war uns nicht weitreichend genug. Wir konnten erfolgreich weitere Schwerpunkte für den Handlungsauftrag setzen, mit denen sich nun die zuständigen Abgeordneten beschäftigen werden. Das betrifft die Frage nach einer Aufarbeitung der Einschränkungen von Grundrechten und die Beteiligung oder Nichtbeteiligung des Parlaments an Entscheidungen. Weiterhin geht es um die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche durch Schulschließungen, durch Vereinsamung, aber auch um häusliche Gewalt, von der im besonderen Maße Frauen betroffen waren. Und es erfolgt eine Auseinandersetzung zur medizinischen Unterstützung und gesellschaftlichen Anerkennung der besonderen Situation von Menschen, die in Folge der Corona-Pandemie an Impfschäden oder Long Covid leiden.

Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns für eine Gesellschaft ein, die nicht nur aus Krisen lernt, sondern die auch solidarisch und stark auf zukünftige Herausforderungen reagiert. Weitere Pandemien können uns drohen und es ist entscheidend, gut vorbereitet zu sein. Dabei liegt unser Fokus vor allem auf dem Schutz der besonders verletzlichen Gruppen sowie der Stärkung von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Darüber hinaus wollen wir uns verstärkt mit der Frage auseinandersetzen, wie wir systemrelevante Berufe langfristig stärken und besser absichern können. Die Mitarbeit in der Enquete-Kommission werden wir in intensiver Zusammenarbeit mit Betroffenen angehen. Dazu haben wir uns bereits am 3. April mit zahlreichen Expertinnen und Experten in einer Fach-Veranstaltung getroffen, um Fragen für die großen Themenbereiche zu identifizieren. Diese werden wir im Sächsischen Landtag mit den geladenen Expertinnen und Experten diskutieren. So finden all die wichtigen Anregungen auch Eingang in den Abschlussbericht der Kommission.

Was ist eine Enquete-Kommission?

Eine Enquete-Kommission (französisch »enquete«: Befragung, Untersuchung) ist ein parlamentarisches Gremium, das komplexe Sachverhalte langfristig und tiefgründig untersucht. Im Fall der Corona-Aufarbeitung ist sie mit der Analyse der Pandemie-Maßnahmen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft beschäftigt. Sie besteht aus Abgeordneten und externen Sachverständigen aus Wissenschaft und Praxis und beleuchtet alle Dimensionen der Krise – von gesundheitlichen über wirtschaftliche bis hin zu sozialen Aspekten.

Der entscheidende Unterschied zu einem Untersuchungsausschuss liegt in Auftrag und Arbeitsweise: Während ein Untersuchungsausschuss mit quasi-richterlichen Befugnissen ausgestattet ist und gezielt mögliches Fehlverhalten aufdecken soll, arbeitet die Enquete-Kommission breiter, zukunftsorientierter und weniger konfrontativ. Sie zielt nicht auf Schuldzuweisungen ab, sondern auf konstruktive Lehren für künftige Krisen.

Die einstimmig im Landtag beschlossene Corona-Enquete Kommission nahm ihre Arbeit am 1. Februar 2025 auf und soll bis Ende 2027 in einem Abschlussbericht Handlungsempfehlungen für zukünftige Pandemien vorlegen.

Weitere Infos:

Unsere Kunstfreiheit in Gefahr?

Die Kunst- und Kulturszene in Sachsen gerät zunehmend unter Druck. Rechtsextreme Angriffe auf Kultureinrichtungen nehmen zu und das in einem alarmierenden Ausmaß. Eine Handreichung des Vereins ASA-FF e.V. zeigt, dass ausgerechnet in der diesjährigen Kulturhauptstadt und im Raum Chemnitz Kulturangebote bedroht sind, die sich für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt einsetzen. Es reicht von verbalen Anfeindungen über Störungen von Veranstaltungen bis hin zu Gewaltandrohungen und politischem Druck. Kulturschaffende müssen sich permanent rechtfertigen, bewährte Angebote stehen auf dem

»Kulturschaffende in Sachsen werden systematisch unter Druck gesetzt, wenn sie sich offen für Menschenrechte und Demokratie einsetzen.«

Dr. Claudia Maicher

Spiel, die Finanzierung ist unsicher und Ehrenamtliche stoßen an ihre Belastungsgrenzen. Und trotz all dieser alarmierenden Entwicklungen: Die Staatsregierung hat keinen Überblick über das tatsächliche Ausmaß. Die Kulturschaffenden bleiben oft allein mit dem Problem.

Dringend mehr Schutz und Unterstützung

Während andere Parteien Kürzungen oder Einschränkungen diskutieren, setzen wir BÜNDNISGRÜNE auf die finanzielle Unterstützung und aktiven Schutz für unsere Kultur. In unserem Antrag fordern wir u.a. ein unabhängiges Monitoring, das alle Vorfälle in Sachsen systematisch erfasst. Damit betroffene Einrichtungen besser mit Bedrohungen umgehen können, müssen Unterstützungsangebote in Form von Beratung, Weiterbildung und Krisenmanagement ausgebaut werden. Zudem braucht es eine landesweite Kommunikationskampagne, die die Bedeutung der Kunstfreiheit betont und Kulturschaffende in ihrer Arbeit stärkt. Auch Kommunen müssen dabei unter-

↘ Foto: Jaroslaw Kubiak

stützt werden, demokratische Kulturarbeit zu verteidigen und sich gegen Einflussnahme zu wehren. Darüber hinaus fordern wir, dass bestehende Demokratieförderprogramme verstetigt und ausgebaut werden, um langfristige Sicherheit zu bieten.

Kunst ist kein Luxus – sie ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Wir lassen nicht zu, dass rechte Bedrohungen die sächsische Kulturlandschaft zerstören!

Weitere Infos:

↘ Foto: Etienne Girardet | Unsplash

Bezahlbares Wohnen durch bezahlbares Bauen

Die Baukosten steigen immer weiter und die Wohnungssituation in den Großstädten spitzt sich zu. Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Aus diesem Grund haben wir im Dezember den Antrag »Reaktivierung des Wohnungsbaus und der Bauwirtschaft« eingebracht. Wir wollen den Neubau und die Sanierung von Wohnungen schneller, günstiger und umweltfreundlicher zu machen.

Günstiges und umweltfreundliches Wohnen – aber wie?

Einen Schlüssel zur Lösung sehen wir in der Entbürokratisierung des Bauens. Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen. Zum Beispiel soll nicht mehr bei jedem neuen Haus ein Parkplatz vorgeschrieben sein. Auch wollen wir in Städten, wo die Mieten sehr stark steigen, die Mietpreisbremse und weitere Regelungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter fünf Jahre länger gelten lassen.

Der Freistaat und der Bund fördern den sozialen Wohungsbau mit Zuschüssen. Trotzdem werden aktuell kaum neue Sozialwohnungen in Sachsen gebaut. Das liegt an den hohen Baukosten. Wir fordern die Anhebung des Zuschusses, damit endlich wieder mehr Sozialwohnungen gebaut werden können.

Manchmal werden Grundstücke nur gekauft, um sie später teurer zu verkaufen, ohne dass darauf gebaut wird. Das wollen wir mit der neuen sogenannten Grundsteuer C verhindern und dafür sorgen, dass auf freien Flächen schneller Wohnungen entstehen.

Zusätzlich legen wir großen Wert auf die Sanierung von Bestandsbauten. Durch energetische Sanierungen können wir nicht nur das Klima schützen, sondern auch langfristig Energiekosten für die Menschen senken. Hierfür schlagen wir zusätzliche Förderprogramme vor, die Eigentümerinnen und Eigentümer und Wohnungsunternehmen bei diesen Maßnahmen unterstützen sollen.

Unser Antrag wurde von der Mehrheit des Sächsischen Landtages abgelehnt, aber wir werden nicht müde werden, weiter für Erleichterungen im Bau-Sektor und bezahlbares Wohnen in Sachsen einzutreten.

Weitere Infos:

ACTION!

Diese von ChatGPT erstellten Actionfiguren haben wir zwar leider nicht im Angebot, aber unsere aktuellen Publikationen und Materialien finden sich hier:

Folgt uns auch gerne auf unseren Social Media Kanälen:

gruenefraktionsachsen

@saxgruen

@saxgruen.bsky.social

GrueneFraktionSachsen

@SaxGruen

Immer die aktuellen Informationen zur Landespolitik aus BÜNDNISGRÜNER Sicht erhalten? Abonniere unseren Newsletter:

IMPRESSUM

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 493 48 11
Telefax: 0351 493 48 09

E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de

Redaktion: Eric Heffenträger (V.i.S.d.P.), Kevin Schwarzbach, Franziska Sänftl, Jaroslaw Kubiak

Gestaltung: die superpixel
Illustrationen: Mandy Münzner
Foto Cover: David Brandt
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Stand: April 2025

www.gruene-fraktion-sachsen.de

Die SAXGRÜN und weitere Publikationen direkt bei uns per E-Mail bestellen:
gruene-presse@slt.sachsen.de